

Jeden Tag verwüstet Russlands Krieg die Ukraine mehr. Dabei sind die Kosten für den Wiederaufbau schon jetzt riesig. Die EU arbeite mit Hochdruck daran, dafür auch russisches Geld zu konfiszieren, erklärt der zuständige EU-Abgeordnete, Vlad Gheorghe, im Interview.

„Der Angreifer muss bezahlen“

Das Gespräch führte
Wolfgang Machreich

Der rumänische Abgeordnete Vlad Gheorghe ist Mitglied der liberalen Fraktion im Europaparlament. Dort ist er als Leiter einer Machbarkeitsstudie und Berichterstatter federführend an der Schaffung einer Gesetzgebung zur Verwendung russischer Vermögen im Ausland für die Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine beteiligt.

DIE FURCHE: Kurz nach Beginn von Putins Angriffskrieg waren Sie auf EU-Ebene der erste, der Russland für die Kriegsschäden auch finanziell haftbar machen wollte. Was hat Sie veranlasst, diese damals noch undenkbar Forderung aufzustellen?

Vlad Gheorghe: Stimmt, vor einem Jahr klang meine Idee noch nach Science-Fiction. Doch für mich ist der Gedanke selbstverständlich, dass der Angreifer und nicht jemand anderer für das bezahlt, was er angerichtet hat. Die EU-Kommission und das Europäische Parlament haben sich sehr schnell meiner Idee angeschlossen, seither arbeiten wir mit Hochdruck an der Umsetzung.

DIE FURCHE: Mit welchen konkreten juristischen Ergebnissen?

Gheorghe: Eine wirkliche Errungenschaft ist, dass wir auf europäischer Ebene einen Gesetzestext für die Kriminalisierung der Umgehung von Sanktionen auf den Weg bringen konnten. Das ist ein sehr konkreter Fortschritt. Die EU-Staatsanwaltschaft bereitet sich bereits auf die Verfolgung dieser Fälle vor, um unverzüglich mit der Arbeit beginnen zu können, sobald das Europäische Parlament und der Europäische Rat diese Richtlinie über die Einziehung von Vermögenswerten und die Vermögensbeschlagnahme beschließen.

DIE FURCHE: Diese Richtlinie basiert auf den EU-Gesetzen gegen Organisierte Kriminalität. Warum wählen Sie diesen Weg für Maßnahmen gegen Russland?

Gheorghe: Es gibt mehrere Möglichkeiten, wie wir mit eingefrorenen russischen Vermögenswerten im Ausland verfahren, aber über diesen Weg kommen wir fürs Erste am schnellsten voran. Denn wir haben bereits diesen gesetzlichen Rahmen. Ursprünglich wurde er für den Kampf gegen die Organisierte Kriminalität entwickelt, wir weiten seine Anwendung jetzt nur noch aus. Das hat den Vorteil, dass wir kein juristisches Neuland betreten müssen, wir wissen, wie es funktioniert – und wir haben mit der Europäischen Staatsanwaltschaft auch schon die dafür zuständige Behörde. Der nächste Schritt wird die Beschlagnehmung von russischen Vermögenswerten auf Grundlage von Aggressionsverbrechen sein. Dafür brauchen wir aber mehr Zeit, denn dazu müs-



Foto: IMAGO / ZUMA Wire

sen wir erst ein neues legislatives System aufbauen. Aber wichtig ist: Immer mehr Länder, denken Sie an die jüngste Erklärung der G7 oder des Europäischen Rates, schließen sich der Koalition an, die russische Vermögen beschlagnahmen und für den Wiederaufbau der Ukraine verwenden will.

DIE FURCHE: Die schwedische Ratspräsidentschaft hat erstmals eine ständige Arbeitsgruppe dazu eingerichtet. Welche anderen EU-Staaten treiben diese Initiative voran?

Gheorghe: Die baltischen Staaten bilden die Speerspitze, Länder wie Ungarn, aber auch Österreich – es tut mir leid, das sagen zu müssen – sind die Bremsen. Ich weiß, dass es viele Verbindungen zwischen Österreichs Politik und Wirtschaft zu Russland gibt, aber eine derart böse Überraschung habe ich nicht erwartet. Ich habe da auch nicht so große Erwartungen an die Wirtschaft – die ist vom Profit getrieben – als an die Politik. Und die österreichischen Politiker haben dieses

Mal Europa im Stich gelassen. Bereits hinter der Einreiseerlaubnis für sanktionierte russische Politiker zum OSZE-Treffen in Wien stand – nicht nur für mich – die deutliche Botschaft, wo Österreich steht.

DIE FURCHE: Österreichs Außenministerium argumentierte, es sei als Amtssitz der OSZE per Abkommen dazu verpflichtet, Vertretern von Mitgliedsstaaten die Einreise zu gewähren.

Gheorghe: Ich weiß. Mir scheint aber vielmehr, das offizielle Österreich versucht, mit Russland, so schnell wie möglich wieder zur Tagesordnung überzugehen. Es sieht die Realität nicht. Wer in der zivilisierten Welt bleiben will, für den kann es kein Business as usual mit Russland geben. Für Iran, China, Weißrussland ist Business wie gehabt mit Russland möglich, für Österreich, glaube ich, ist es das nicht. Es ist eine verlorene Schlacht, die Österreich da führt. Aber sie kostet uns Zeit. Letztlich werden wir es schaffen, wir werden das russische Geld konfiszieren. Sie machen es uns nur schwerer, und ich verstehe wirklich nicht, warum. Die einzigen, die von diesem Verhalten profitieren, sind die Russen.

DIE FURCHE: Es ist Teil der Rechtsstaatlichkeit, bei Enteignungen vorsichtig vorzugehen. Es geht um Eigentumsrechte, Sie rütteln da an einem Grundprinzip.

Gheorghe: Ich bin ein Liberaler, das Privateigentum liegt in meiner DNA. Aber hier geht es primär nicht um Eigentum, hier geht es um Verantwortung für Taten, in diesem Fall für russi-

sche Taten. Wir wollen einen offenen Prozess mit einer den rechtsstaatlichen Prinzipien folgenden Gesetzgebung. Wir wollen niemandem Eigentum gewaltsam entziehen, aber wenn es für diese Vermögenswerte ausreichende Verbindungen zum Krieg und zum russischen Staat gibt, dann müssen wir handeln.

DIE FURCHE: Letztlich soll dieses russische Geld einen Teil des Wiederaufbaus finanzieren. Wie stellen Sie sich diesen vor: Lläuft es auf eine Neuauflage des Marshallplans hinaus?



„Russlands Delegation soll kommen“ widerspricht Karl Schwarzenberg der Kritik an Österreichs Politik; nachzulesen unter furche.at.



„Ich weiß, dass es viele Verbindungen zwischen Österreichs Politik und Wirtschaft zu Russland gibt, aber eine derart böse Überraschung habe ich nicht erwartet.“

UKRAINE, TÜRKEI, SYRIEN

Korruptionsrisiko eindämmen

„Wo viel Licht ist, ist viel Schatten“: Diese Goethe-Erfahrung lässt sich auch auf das mit internationalen Wiederaufbauhilfen steigende Korruptionsrisiko anwenden. Um den in der Hinsicht schlechten Ruf der Ukraine nicht weiter zu diskreditieren und die internationale Solidarität zu gefährden, hat Präsident Wolodymyr Selenskyj kürzlich einige der Korruption beschuldigte Politiker und Beamte entlassen. Der Gouverneur von Saporischschja hatte zum Beispiel einer Fitnesstrainerin Straßenbauaufträge in Millionenhöhe zugeschanzt. Das Thema ist freilich nicht auf die Ukraine beschränkt. Auch bei der internationalen Geberkonferenz für die Türkei und Syrien vorige Woche, bei der sieben Milliarden Euro für die Opfer der Erdbebenkatastrophe zugesagt wurden, ist die Korruptionsgefahr am Schirm. So forderte der Vorsitzende der Türkei-Delegation des Europaparlaments, Sergey Lagodinsky, im Anschluss an die Milliardenzusagen, „dass die Hilfe transparent, effektiv und verantwortungsbewusst eingesetzt wird“. Zudem soll die Vergabe an Kriterien wie Erdbebensicherheit und Nachhaltigkeit geknüpft werden. (WM)



Vlad Gheorghe sucht rechtsstaatliche Verfahren zur Beschlagnehmung russischer Vermögen.

Foto: Wolfgang Machreich